



Nazwa instytucji

Książnica Cieszyńska

Tytuł jednostki/Tytuł publikacji

"Beantwortung der Anfragen der Abgeordneten Gikel und Genossen, betreffend die Wiederverwendung der Schulgebäude für den Unterrichtsbetrieb durch den Minister für Kultus und Unterricht...", Wiedeń, 1.11.1917 r.

Liczba stron oryginału

3

Liczba plików skanów

4

Liczba plików publikacji

4

Sygnatura/numer zespołu

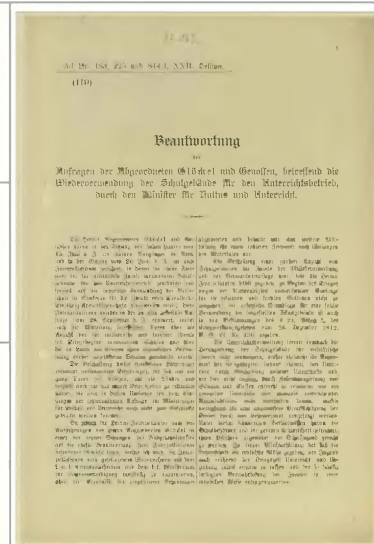
TR 056.163

Data wydania oryginału

1917

Projekt/Sponsor digitalizacji

Dofinansowano ze środków WPR Kultura+



Ministerstwo
Kultury
i Dziedzictwa
Narodowego.



NARODOWY
INSTYTUT
AUDIOWIZUALNY

KULTURA+



Digitalizacja

(119)

Beantwortung

der

Anfragen der Abgeordneten Glöckel und Genossen, betreffend die Wiederverwendung der Schulgebäude für den Unterrichtsbetrieb, durch den Minister für Kultus und Unterricht.

Die Herren Abgeordneten Glöckel und Genossen haben in der Sitzung des hohen Hauses vom 15. Juni d. J. an meinen Vorgänger im Amte und in der Sitzung vom 26. Juni d. J. an mich Interpellationen gerichtet, in denen die eheste Freigabe der für militärische Zwecke verwendeten Schulgebäude für den Unterrichtsbetrieb gewünscht und speziell auf die derzeitige Verwendung der Volksschule in Stockerau für die Zwecke einer Kavallerie-Einjährig-Freiwilligenschule hingewiesen wird; diese Interpellationen wurden in der an mich gestellten Anfrage vom 28. September d. J. erneuert, wobei auch die Mitteilung statistischer Daten über die Anzahl der für militärische und sanitäre Zwecke seit Kriegsbeginn verwendeten Schulen und über die im Laufe des Krieges ihrer eigentlichen Bestimmung wieder zugeführten Schulen gewünscht wurde.

Die Beschaffung dieses statistischen Materiales erfordert umfangreiche Erhebungen, die sich auf die ganze Dauer des Krieges, auf alle Länder und speziell auch auf das engere Kriegsgebiet zu erstrecken hätten, die aber in diesem Umfange seit dem Einlangen der letzt erwähnten Anfrage im Ministerium für Kultus und Unterricht noch nicht zum Abschlusse gebracht werden konnten.

Da jedoch die Herren Interpellanten nach den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Glöckel in einer der letzten Sitzungen des Budgetausschusses auf die eheste Beantwortung ihrer Interpellationen besonderes Gewicht legen, beehre ich mich, die Interpellationen nach gepflogenen Einvernehmen mit dem k. u. k. Kriegsministerium und dem k. k. Ministerium für Landesverteidigung vorläufig zu beantworten, ohne die Ergebnisse der eingeleiteten Erhebungen

abzuwarten und behalte mir eine weitere Mitteilung für einen späteren Zeitpunkt nach Einlangen des Materiales vor.

Die Beistellung einer großen Anzahl von Schulgebäuden für Zwecke der Militärverwaltung und der Verwundetenpflege war, wie die Herren Interpellanten selbst zugeben, zu Beginn des Krieges wegen der Notwendigkeit ausreichender Vor Sorge für die gesunden und kranken Soldaten nicht zu umgehen; die gesetzliche Grundlage für eine solche Verwendung der beigestellten Schulgebäude ist auch in den Bestimmungen des § 21, Absatz 3, des Kriegsleistungsgesetzes vom 26. Dezember 1912, R. G. Bl. Nr. 236, gegeben.

Die Unterrichtsverwaltung konnte demnach die Heranziehung der Schulgebäude für militärische Zwecke nicht verweigern, mußte vielmehr ihr Augenmerk seit Kriegsbeginn darauf richten, den Unterricht durch Beschaffung anderer Unterkünfte und, wo dies nicht anging, durch Zusammenziehung von Schulen und Klassen aufrecht zu erhalten; wo ein geregelter Unterricht aber mangels ausreichender Räumlichkeiten nicht stattfinden konnte, mußte wenigstens für eine angemessene Beaufsichtigung der Kinder durch das Lehrpersonal vorgesorgt werden. Unter diesen schwierigen Verhältnissen haben die Schulbehörden und die gesamte Lehrerschaft getrachtet, ihren Pflichten gegenüber der Schuljugend gerecht zu werden. In treuer Pflichterfüllung hat sich die Lehrerschaft die redlichste Mühe gegeben, der Jugend auch während der Kriegszeit Unterricht und Erziehung zuteil werden zu lassen und der so häufig beklagten Verwahrlosung der Jugend in jeder möglichen Weise entgegenzuwirken.

Auch die Militärverwaltung hat die hervorragende Bedeutung einer geregelten Fortführung des Schulunterrichtes stets voll und ganz anerkannt und war deshalb stets bereit, die Freigabe der in Anspruch genommenen Schulen sobald als es tunlich war, zuzugestehen.

Die unleugbaren Nachteile, welche die lange Dauer des Krieges auch in den Schulverhältnissen mit sich gebracht hat, können trotz des Entgegenkommens der Militärverwaltung nicht sofort beseitigt werden; ich möchte aber die Versicherung geben, daß schon bisher alles geschehen ist, was zur Freigabe der Schulgebäude unter den obwaltenden außergewöhnlichen Verhältnissen geschehen konnte.

Um einen Überblick über die Verhältnisse in den einzelnen Ländern zu erlangen, hat das Ministerium für Kultus und Unterricht im März l. J. alle politischen Landesstellen und Landeslehrkräfte ersucht, in Angelegenheit der anzustrebenden Zurückstellung militärisch in Anspruch genommener Schulgebäude einen zusammenfassenden antragstellenden Bericht zu erstatten.

Auf Grund der eingelangten Berichte wurden sodann Verhandlungen mit der Militärverwaltung wegen Freigabe der angeforderten Schulgebäude eingeleitet, auf Grund deren alle Militärkommandos angewiesen wurden, eingehend zu erwägen, wie und in welchem Umfange dieser Forderung Rechnung getragen werden könnte und sodann die Freigabe der Schulgebäude, wo nur immer möglich, durchzuführen. Im Bereiche der Armee im Felde wurde die gleiche Verfügung getroffen.

Die Durchführung dieser, wie erwähnt, im Frühjahr dieses Jahres begonnenen Aktion war mit mannigfachen Schwierigkeiten verbunden und erforderte naturgemäß eine geraume Zeit, weil vorerst anderweitige Ersatzunterkünfte ausgemittelt und sodann mehrfache Verschiebungen von Truppenkörpern und dergleichen vorgenommen werden mußten. Bei Spitälern speziell war die Evakuierung der Kranken und Verwundeten, dann deren Unterbringung in anderen Spitälern nicht ohne weiteres möglich, weil mit Rücksicht auf die verschiedenen Krankheitsformen und den Krankheitszustand sowie der damit verbundenen Spezialbehandlung eine sorgfältige Auswahl derjenigen Spitäler erforderlich ist, die zur Aufnahme der evakuierten Kranken und Verwundeten dienen sollen.

Die Auswahl der freizugebenden Schulgebäude erfolgte im Einvernehmen mit den lokalen Schulbehörden. Speziell in Wien wurde diesbezüglich im engsten Einvernehmen mit der Gemeinde vorgegangen, deren Wünschen, soweit nur möglich, Rechnung getragen wurde.

Auf Grund einer mir von der Militärverwaltung zur Verfügung gestellten Zusammenstellung kann ich vorläufig mitteilen, daß im ganzen in

allen Ländern 414 Schulgebäude von der Militärverwaltung freigegeben wurden und daß in Niederösterreich, Oberösterreich, Böhmen, Mähren und Schlesien noch 345 Gebäude in Benützung für militärische Zwecke verbleiben.

Die Anzahl der in den übrigen Ländern, namentlich im Bereiche der Armee im Felde von der Militärverwaltung in Anspruch genommenen Schulgebäude kann nicht genau angegeben werden, weil die Unterfunftsverhältnisse mit Rücksicht auf die militärischen Bedürfnisse häufig wechseln, doch wird auch in diesen Ländern mit möglichstem Entgegenkommen für die Schulinteressen vorgegangen. In Tirol speziell werden laut Meldung des betreffenden höheren Kommandos die Schulgebäude dort, wo es verlangt wird, von der Militärverwaltung geräumt.

Die Freigabe der Schulgebäude ist oft dadurch begrenzt, daß bei der Auswahl der Unterfunftsobjekte wichtige militärische Interessen nicht gänzlich unberücksichtigt bleiben können (und die Errichtung von neuen Barackenbauten als Ersatz für belegte Schulgebäude nicht überall durchführbar ist, denn, abgesehen von dem Aufwande, von vielen hunderten Millionen Kronen, muß von Barackenbauten an manchen Orten wegen des Mangels an Arbeitskräften, an Material und an Transportmitteln abgesehen werden. Ferner kann nicht unberücksichtigt bleiben, daß zur Aufführung umfangreicher Barackenbauten auch eine bedeutende Fläche kultivierbaren Bodens in Anspruch genommen werden müßte, deren Entfall um so nachteiliger wäre, als es sich gerade um Grundstücke handelt, die sich in oder zunächst von größeren Orten befinden, wo gerade jeder halbwegs geeignete Boden teil im Interesse der Bevölkerung dermalen zum intensivsten Anbau herangezogen werden muß.

Aus diesen Ausführungen mögen die Herren Interpellanten entnehmen, daß ohne unabweisliche Notwendigkeit, Schulgebäude von der Militärverwaltung weder belegt noch als Unterkunft beibehalten werden. Die Militärverwaltung wird, wie mir versichert wurde, auch in Zukunft stets den Zeitpunkt der Möglichkeit der Freigabe einzelner Schulgebäude wahrnehmen und sodann deren Rückstellung veranlassen.

Was nun speziell die in der Interpellation vom 26. Juni 1917 erwähnte Verwendung der Volksschule in Stockerau für die Zwecke einer Kavallerie-Einjährig-Freiwilligenschule anbelangt, so beehre ich mich zu bemerken, daß laut Mitteilung der Militärverwaltung nur das Gebäude der alten, nicht aber das der neuen Volks- und Bürgerschule in Benützung der Kavallerie-Reserveoffizierschule stand; auch dieses Schulgebäude wurde aber mit 1. September 1917 der Stadtgemeinde Stockerau zurückgestellt.

Anschließend möchte ich auch noch einige vom Herrn Abgeordneten Glöckel bei Besprechung vorliegender Angelegenheit in einer der letzten Sitzungen des Budgetausschusses erwähnten konkreten Fälle zurückkommen.

Das Schulgebäude in Wien, XVI., Koppstraße Nr. 73, wurde dieser Tage der Stadtgemeinde übergeben. Die Rückgabe war mit Rücksicht auf die anderweitige Unterbringung der bisher dort befindlichen Kranken und Verwundeten früher nicht möglich. Mit der Wiederaufnahme des Unterrichtes in diesem Schulgebäude muß jedoch bis zur Durchführung umfangreicher Herstellungsarbeiten zugewartet werden.

Im Schulgebäude in Leibnitz ist ein Notes Kreuz-Spital mit einem Belage für 220 Kranke und Verwundete eingerichtet. Auf dieses gut geleitete und sowohl vom sanitären als auch vom baulichen Standpunkte einwandfrei ausgestattete Objekt erklärt die Militärverwaltung dermalen nicht verzichten zu können. Die Freigabe ist mit Rücksicht auf die allgemeinen Belagverhältnisse in den Militär-sanitätsanstalten sowie dem großen Kranken- und Verwundetenzugang aus dem nahen Armeebereiche mangels geeigneter Ersatzobjekte gegenwärtig untunlich.

Die Verhältnisse im Volksschulgebäude in Traisen, die übrigens den Gegenstand einer eigenen Interpellation bilden und bei deren Beantwortung näher erörtert werden sollen, wurden durch den zuständigen Landes Schulinspektor und durch ein Organ der Militärverwaltung an Ort und Stelle überprüft und es wurde hiebei vereinbart, daß für die dort untergebrachten Arbeiterinnen nach etwa 14 Tagen bis längstens drei Wochen eine neue Unterkunft beschafft und sodann die Räumung der belegten Schullokalitäten veranlaßt werden wird.

Hinsichtlich der Freigabe des Gebäudes der Lehrerinnenbildungsanstalt in Wien wurden die weiteren Erhebungen von der Militärverwaltung bereits eingeleitet und wird diese, wenn es die Verhältnisse zulassen, in Aussicht genommen.

Im vollen Einverständnisse mit der Militärverwaltung wird es sich die Unterrichtsverwaltung auch weiterhin angelegen sein lassen, die Hemmungen, welche gegenwärtig noch den Schulunterricht beeinträchtigen, tunlichst zu beseitigen und zu diesem Behufe auch bestrebt sein, soweit es die Verhältnisse nur irgendwie gestatten, die Schulgebäude ihrer eigentlichen Bestimmung zuzuführen.

Wien, 1. November 1917.